



178. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
09.11.2022

Antrag 3

„Anti – Teuerungskommission“

Preise für Lebensmittel wie Mehl oder Sonnenblumenöl haben sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Wegen der Teuerung bei Strom, Gas, Fernwärme etc., wissen viele derzeit Menschen nicht mehr, wie sie ihre Lebenshaltungskosten bestreiten sollen. Die gestiegenen Material- und insbesondere Energiekosten der Unternehmen wurden oftmals auf die KonsumentInnen überwältzt, wobei die Preise dabei vielfach über die eigentlichen Kosten hinausgingen.

Auf der anderen Seite gibt es so manches Unternehmen, das sehr gut verdient in diesen Krisenzeiten. Preiskontrollen und Preisregulierung wären genau die Instrumente für eine Durchbrechung der Gewinn-Preis-Spirale in dieser Zeit. Die Bundesregierung will von all dem nichts wissen, weil sie die Inflation als ein unabwendbares Schicksal sieht.

Es hätte von Anfang an rasches Handeln und konsequente Eingriffe vonseiten der Politik gebraucht. Zum Beispiel am Energiemarkt, durch eine Entkoppelung des Strompreises vom Gaspreis sowie durch einen einfachen Preisdeckel für Haushalte bei Strom und Gas. Eine weitere Entlastung für alle Menschen hätte beispielsweise auch ein Aussetzen der Mietzinsanhebungen für die Dauer der Krisensituation am Wohnungsmarkt gebracht.

Wir benötigen außerordentliche Maßnahmen in außerordentlichen Zeiten. Eine eingesetzte „Anti-Teuerungskommission“ könnte die Teuerung nicht nur beobachten, sondern alle Preise kontrollieren und viele Beschwerden aus der Bevölkerung untersuchen. Würde im Rahmen von Betriebsprüfungen festgestellt, dass Preise ungerechtfertigt erhöht wurden, könnten Sanktionen verhängt werden. Sie könnte Preise festlegen zum Wohl aller Menschen in Österreich und die derzeitigen Missstände beseitigen.

Die Vollversammlung der AK Wien fordert:

Die Einsetzung einer „Anti-Teuerungskommission“ und die Einführung von Preiskontrollen und Preisregulierungen seitens der Regierung während der Krisenzeiten mit Corona und des Ukrainekrieges.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich